

Prof. Dr. Bodo Zeuner
Geschäftsführender Direktor des OSI

Begrüßungsrede zur OSI-Diplomfeier am 18. Juli 2003

Sehr geehrte Frau Birthler,
liebe Absolventinnen und Absolventen des OSI,
liebe Freunde und Angehörige der Absolventinnen und Absolventen,
liebe Kolleginnen und Kollegen,
liebe Kommilitoninnen und Kommilitonen,

als Geschäftsführender Direktor des OSI begrüße ich Sie herzlich zu unserer Diplomfeier, unserem Semesterabschlussfest. Es hat sich die Übung herausgebildet, dass der OSI-Direktor aus diesem Anlass kurz auch etwas zum Zustand und zur Zukunft des OSI und der Politikwissenschaft sagt. Dieser Übung möchte ich folgen, dabei lege ich zugleich Wert darauf, Ihnen als Absolventinnen und Absolventen einer letzte Botschaft mit auf den Weg zu geben.

Vor einem Semester hat der damalige Geschäftsführende Direktor ein überwiegend optimistisches Bild der Zukunft des OSI gezeichnet. Damals waren wir an der Spitze des Wettbewerbs um die Einführung neuer und modularisierter Studiengänge. Das sind wir heute wohl auch noch. Aber das schützt uns nicht vor der Bedrohung durch die Berliner Haushaltspolitik. Wir müssen uns gegen die Gefahr wehren, in unseren Kapazitäten so reduziert zu werden, dass wir unsere Aufgaben nicht mehr erfüllen können. Und wir müssen als größtes Institut für Politikwissenschaft in Deutschland unsere Fähigkeit bewahren, in Forschung und Lehre auf neue gesellschaftliche Herausforderungen zu reagieren.

Bei den neuen Studienordnungen, die wir ab nächstem Semester einführen, haben wir inhaltlich noch versucht, trotz verordneter Mittelkürzungen die Waage zu halten zwischen Verlust und Gewinn: Afrika kommt unsinnigerweise nicht mehr vor und Geschichte kommt nicht mehr vor im neuen Studienplan für Politologen (ein geschichtsloses OSI - das wäre ein Skandal, den wir auf informellem Wege werden abwenden müssen, wenn wir nicht z. B. unsere Ausstellung über unsere Gründerväter in Verfolgung und Emigration, wie sie in der Ihnestr. 22 zu sehen ist, dementieren wollen) - dafür bedeutet es einen Gewinn, dass *gender studies* und internationale politische Ökonomie jetzt stärker zählen. Das alles würde vorbei sein, wenn wir auf weniger als 12 Professuren heruntergeschraubt würden.

Liebe Absolventinnen und Absolventen,

der heutige Tag gilt Ihnen, die Sie dieses OSI erlebt - und sicherlich oft auch erlitten - haben, als es noch mehr als 20 Professuren hatte. Deshalb höre ich jetzt auf, über die quantitativen Kürzungen zu klagen, die uns bevorstehen, denn das betrifft Sie nicht mehr. Was Sie aber betreffen wird, ist die qualitative Abwertung der Geistes- und Sozialwissenschaften, die mit der Kürzungspolitik einhergeht. Ich meine die Äußerung eines überforderten aber leider sehr mächtigen Finanzsenators, der zwischen einem Wirtschaftsunternehmen und einem Gemeinwesen nicht zu unterscheiden weiß, nach der es den Sozial- und Geisteswissenschaften an Relevanz und Produktivität für den Wirtschaftsstandort Berlin mangle. Auf diese Provokation sollten wir reagieren. Einige Reaktionen gab es schon, darunter vom

Wirtschaftssenator und OSI-Absolventen Harald Wolf in einem Vortrag in diesem Raum vor wenigen Wochen. Ich halte fast alle dieser Reaktionen für, um es freundlich zu sagen, mehr oder weniger unvollständig. Ich unterscheide zwischen drei Reaktionen auf Sarrazins Provokation:

Die erste Reaktion war, die Bedeutung der Geistes- und Sozialwissenschaften und -wissenschaftler für den Wirtschaftsstandort deutlich hervorzuheben: Der Finanzsenator sei wohl nicht auf der Höhe der betriebswirtschaftlichen Kenntnisse über den Nutzen von Kulturwissenschaftlern, Philosophen, Soziologen und Politologen in den Unternehmen. Schließlich brauchen Unternehmen die Ressourcen Sinn und Legitimation, und nicht nur PR und Verkauf, wenn sie dauerhaft auf dem Markt gut dastehen wollen.

Die zweite Reaktion war, darüber nachzudenken, was die Gesellschaft an Kultur- und Sozialwissenschaft braucht, um funktionsfähig und menschenwürdig zu bleiben. Dieter Lenzen hat diesem Thema einen großen Teil seiner Antrittsrede als FU-Präsident gewidmet. Nach allem, was wir wissen, ist unbestreitbar, dass die Gesellschaft zu ihrer eigenen Reproduktion die Fähigkeit zur Verständigung über Moral, zum Diskurs, zur Erinnerung, zu ihrer eigenen symbolischen Repräsentation und zum Streit darüber braucht. Außerdem braucht sie Wissen über ihre eigene Sozialstruktur und über das Wissen, das die Gesellschaftsmitglieder davon haben. Auch diese, im wesentlichen funktionalistische und als solche unentbehrliche, Sicht ist für mich aber noch unvollständig.

Denn die dritte Reaktion müsste die der Verteidigung der Kritik sein. Mir fällt auf, dass in allen Rechtfertigungen der Geistes- und Sozialwissenschaften gegen die Attacke des Berliner Chef-Betriebswirts Sarrazin jener Begriff nicht vorkam, der für mich zum elementaren Bestandteil meiner Vorstellung von Wissenschaft, von politischer Wissenschaft, von Politikwissenschaft gehört - und dieser Begriff heißt *Kritik*. Menschen sollen an Universitäten zu kritischem Denken, ja, mehr noch, zu kritischem *Handeln* befähigt werden. Auch hierzu will ich wiederum eine Dreier-Unterscheidung machen:

1. Kritik kann zunächst Selbstdistanz bedeuten. Das ist der Sinn in Poppers Methodologie und in dem, was Hans Albert und andere "Kritischen Rationalismus" genannt haben. Spätestens seit Kant lautet die Norm jeder Wissenschaft: Nichts für wahr halten, was nicht bewiesen ist oder was nicht bisher trotz intelligenter Anstrengungen unwiderlegt geblieben ist. Sich ständig neben sich selber stellen und um eine andere als die bisher gewohnte und vielleicht interessenbedingte Perspektive bemühen. Wissenschaft kommt nur voran, wenn sie wissenschaftsinterne Kritik zulässt.
2. Kritik kann zweitens Gesellschaftskritik bedeuten. Das war es, was Theodor W. Adornos Kritikbegriff von dem Karl R. Poppers unterschied. Das Messen des Realen am gesellschaftlich Möglichen. Das Sich-nicht-Abfinden mit Ungleichheiten und Ungerechtigkeiten, wenn sich zeigen lässt, dass diese von Menschen gemacht, das heißt eben auch: politisch hergestellt worden und damit - meistens - auch politisch veränderbar sind. Kritik in diesem Sinne argumentiert immer sowohl normativ wie funktionalistisch: Sie zeigt, warum Bestehendes schlecht ist, und warum Besseres auch funktionieren könnte.
3. Drittens bedeutet Kritik als Erziehungsziel von Studium und Wissenschaft auch die Befähigung, NEIN sagen zu können, überzeugt und möglichst mit solidarischem Rückhalt (denn sonst wird man zum Michael Kohlhaas). Für mich

ist die wichtigste Botschaft aus Adornos Schrift "Erziehung nach Auschwitz", dass die Deutschen immer noch einen Nachholbedarf an Neinsagefähigkeit haben, dass es immer noch zu wenige Menschen gibt, die sich der Botschaft, es gäbe keine Alternative, widersetzen.

Wenn ich Ihnen einen daher einen Rat mit auf den Weg geben darf, liebe Absolventinnen und Absolventen: Misstrauen Sie auf schärfste jenen Politikern und Bürokraten, die ihre Linie als "alternativlos" begründen. Üben Sie, wenn Sie einer unerträglichen Zumutung ausgesetzt werden, das Neinsagen, selbst wenn ihnen im Moment nichts konkret "Konstruktives" einfällt und wenn eine solches Handeln nicht karriereförderlich erscheint. Kritik hat in der Geschichte, jedenfalls der europäischen, allemal seit Sokrates mehr Gutes bewirkt als Götteranbetungen und Akklamationen.

Ich wünsche mir also, dass diejenigen unter Ihnen, die einmal FinanzsenatorIn oder FinanzministerIn sein werden, auch die Erhaltung der Kritikfähigkeit der nachfolgenden Generation als öffentliche Aufgabe im Auge behalten und verteidigen werden. Ich hoffe, das OSI hat Sie auch dazu qualifiziert. Ich gratuliere Ihnen zu Ihrem Examen und wünsche Ihnen ein erfolgreiches und erfülltes Berufsleben.